

Nachbarn möchten das „weiße Gold“ heben

Rat spricht sich für Erweiterung von Weilerswist-Nord aus – Bedingung: Abbauverkehr über Waldweg

Von BERND ZIMMERMANN

RHEIN-SIEG-KREIS/ WEILERSWIST. Ganz im Gegensatz zu den Nachbarn in Bornheim spricht sich die Mehrheit der Weilerswister Ratsfraktionen für den weiteren Kiesabbau im Bereich Weilerswist-Nord aus.

In einer teilweise recht emotionalen Debatte zwischen CDU, FDP und SPD einerseits und der Fraktion der Grünen andererseits votierte die Ratsmehrheit dafür, den Abbauplänen für hochreinen weißen Quarzkies im Bereich Weilerswist-Nord im Rahmen des neuen Regionalplanes zuzustimmen, aber auch gleichzei-

tig Bedingungen an den Regionalrat zu stellen. Alles, so CDU-Fraktionschef Hans-Peter Nußbaum, laufe auf die Ausbeutung des Abbaugebiets nördlich des Dobschleider Hofes hinaus. Das hätten entsprechende Gutachten gezeigt, aber auch die Diskussionen im Regionalrat und im Kreistag in Euskirchen sowie im Rhein-Sieg-Kreis seien in diese Richtung verlaufen.

Denn die weiteren, alternativ zur Diskussion stehenden Abbaugebiete in Flerzheim, Witterschlick und am Sonnenhof bei Rösberg unmittelbar östlich des Dobschleider Hofes seien nicht so ergiebig und

nicht problemlos ausbeutbar. Nußbaum forderte aber auch, man müsse den Planungsbehörden auferlegen, den Abbauverkehr über einen schon existierenden Waldweg direkt auf die Landstraße 194 und von dort nach Norden in Richtung „Phantasialand“ und Autobahn 553 zu leiten.

„Es kann nicht sein, dass durch solche Maßnahmen die Ortsdurchfahrten von Weilerswist und Vernich stark belastet werden, bloß weil die alte Autobahnabfahrt Weilerswist an der A 61 geschlossen worden ist“, sagte Christdemokrat Nußbaum.

Auch SPD-Fraktionschef

Andreas Schulte schlug in die gleiche Kerbe. In allen übergeordneten Gremien seien die Politiker einstimmig für die Ausbeutung des Standorts Weilerswist-Nord eingetreten. Hier könne man auf 18 Hektar Fläche rund 7,7 Millionen Tonnen des wertvollen Quarzkieses ausbeuten, den es in dieser Qualität nach Einschätzung von Fachleuten nirgendwo anders in Deutschland gibt.

Selbst wenn in so genannte FFH-Gebiete (Flora, Fauna, Habitat – Bestandsschutz für Pflanzen- und Tierwelt) eingegriffen werden müsse, so sei dies durch Ausgleichsmaßnahmen bereits wett gemacht.

Man zerstöre zwar knapp 18 Hektar Fläche im Kottenforst, doch die FFH-Gebiete seien um 70 Hektar auf 188 Hektar zusammenhängende Fläche ausgedehnt worden.

Doch dies sahen die Grünen ganz anders. Sprecherin Liane Traue sprach sich vehement gegen die „Landschaftszerstörung“ aus. Sie erinnerte an die ersten Auskiesungsmaßnahmen vor gut 25 Jahren. „Das war eine Umweltsauerei ohnegleichen“, wettete sie. Da habe es durch die Baumfällarbeiten zahlreiche tote Tiere gegeben, durch den Fahrzeugverkehr ebenso. Sie kritisierte, die Gemeindeverwaltung ha-

be die Fraktionen nicht ausreichend informiert. Vielmehr habe sie nicht zu den offiziellen Unterlagen gehörende Gutachten beigelegt. Diese Gutachten, etwa vom Landschaftsschutzverein Vorgebirge, seien ohnehin nur erstellt worden, „um den Kies- und Quarzabbau in ihrem Gebiet zu verhindern“, so Grünen-Sprecherin Traue. Da platze dem FDP-Fraktionschef Hans-Josef Schäfer der Kragen: „Es wird nichts wahrer dadurch, dass man es immer wieder wiederholt.“ Gegen die Stimmen der drei Grünen befürworteten die übrigen Ratsfraktionen den Vorschlag.

BONNER RUNDSCHAU 07.02.2011 S. 28